

Während Viele davon ausgegangen sind, dass sich Schwarz/Gelb vor der Wahl nicht mehr am EEG vergreifen würde, kommt nun doch ein Vorstoß aus dem Hause Altmaier, der inhaltlich sicherlich auch mit Rösler abgesprochen wurde. Zumindest tragen die Maßnahmen Züge der Eindämmungsideen aus der FDP.

In der Kürze sieht das aus meiner Sicht so aus, dass die Bestandsaufnahme im ersten Teil des Papiers durchaus reale Ursachen für die Umlagesteigerungen beschreibt. So etwa den Widersinn, dass fallende Börsenstrompreise automatisch zu steigender EEG-Umlage führen. Es werden somit wichtige wirkende Hebel benannt. Eine echte EEG-Reform braucht Veränderungen genau dort, wo diese Hebel wirken. Also etwa bei den Marktmechanismen am Strommarkt, beim Emissionshandel, bei der Energiewende-Finanzierung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe (die Energiewende ist eben nicht nur Aufgabe einiger Stromverbraucher).

Während also die Ursachen-Analyse durchaus Richtiges enthält (sogar die Aussage, dass weitere Installationen von Erneuerbaren Energieerzeugungskapazitäten eben NICHT zwingend auch weitere Umlageerhöhungen bedeuten, schon gar nicht linear), stammt der Maßnahmen-Teil scheinbar aus einer völlig anderen Feder.

Am Ende steht die Aussage: Leute, lasst es bleiben, Euch weitere Anlagen zur Erzeugung emissionsfreier, erneuerbarer Energie auf die Dächer zu schrauben und auf die Wiesen zu stellen. Wenn Ihr trotzdem darüber nachdenkt, dann zerschießen wir Euch die Finanzierung, weil keine Bank mehr finanzieren wird, wenn die Ertragskalkulation jederzeit willkürlich in der Luft zerrissen werden kann. Denjenigen unter Euch, denen selbst das egal ist, weil sie das nötige Kapital haben und sich eigenen, günstigen Strom erzeugen wollen, drohen wir Strafumlagen an, die Euren eigenen Strom bis zur Sinnlosigkeit verteuern.

Wie viel das kosten wird, legen wir aber erst dann fest, wenn wir das für nötig halten. Damit auch keiner auf die Idee kommt, die Abgaben vorher für sich einzukalkulieren.

Die Maßnahmen zielen einseitig auf die Erschwerung des weiteren Ausbaus von Erneuerbarer Erzeugungskapazität.

Dazu dienen: Verunsicherung von Investoren und Verschlechterung von Investitionsbedingungen über die schon bekannten Vergütungsabsenkungen hinaus. Vor allem aber wird die große Angst vor der ENERGIEWENDE VON UNTEN deutlich. Also vor jenem Schwarm-Prozess, der sich jeglicher zentraler Steuerbarkeit entziehen würde und schon bald dazu führen könnte, dass die zunehmende Eigenstromversorgung die Strategien einer Versorger-kooordinierten Versorgungsarchitektur geradezu auf den Kopf stellt. Anstatt die Regeln vorzugeben, hätte dann das bisherige System nur noch die Aufgabe, sich durch möglichst flexibles Handeln rasch an die gegebene Lage anzupassen. So ist das in der Vergangenheit in der Informationstechnologie und Internet-Wirtschaft reihenweise passiert. Die Panik vor dieser Entwicklung im Stromsektor ist so groß, dass man bereits jetzt mit angedrohten Sonderabgaben diejenigen, die über Eigenversorgung nachdenken, abschrecken möchte. Ich lasse das Nachdenken über verfassungsrechtliche Implikationen an dieser Stelle erstmal völlig außen vor - da gibt es Berufenere.

Fakt ist: Das Papier gibt bereits jetzt in etwa die Richtung vor, die das ganze Thema nimmt, wenn CDU / FDP ab September weiter die Hand am Steuer hat. Es wird immer klarer, dass von einem Regierungswechsel im Herbst tatsächlich das Gelingen eines zentralen Projektes unserer Generation - die Schaffung eines neuen, immer wieder erneuerbaren, wettbewerbsfähigen und vorbildhaften Energieversorgungssystems für eine wichtige Industrienation - und damit Daseinsvorsorge für unsere Kinder und Kindeskinde abhängt. Eines Systems in den Händen Vieler, das von politischer und wirtschaftlicher Machtausübung weitgehend entkoppelt werden könnte. Noch mal vier Jahre freie Bahn für Schwarz-Gelb würde energiepolitisch sicherlich in entgegengesetzter Richtung vollendete Tatsachen schaffen.

Sonnige Grüße

Dr. Gerd Lippold